

Betreff Aufhebung eines nicht weiterzuführenden Bebauungsplanverfahrens
Bebauungsplanentwurf "Mainzer Straße - Bereich B - Multiplexkino " im Ortsbezirk
Südost - Aufhebungsbeschluss

Dezernat/e I

Report form fields: Bericht zum Beschluss, Nr., vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Checkboxes for various departments: Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung; Rechtsamt; Kämmerei; Umweltamt: Umweltprüfung; Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG; Straßenverkehrsbehörde; Frauenbeauftragte nach HGO; Sonstiges

Beratungsfolge

- Commission
Foreigners' Council
Culture Council
Local Council
Seniors' Council

(wird von Amt 16 ausgefüllt) DL-Nr.

- Radio buttons for 'not required' and 'required' for each council member.

Magistrat Eingangsstempel Büro d. Magistrats 17. Aug. 2023

Stadtverordnetenversammlung

- Radio buttons for 'Tagesordnung A/B', 'Umdruck nur für Magistratsmitglieder', 'öffentlich/nicht öffentlich', and 'wird im Internet / PIWi veröffentlicht'.

Anlagen öffentlich

1 Übersicht über den Geltungsbereich des aufzuhebenden Bebauungsplanentwurfs
2 Änderungs- und Offenlagebeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.07.2003, Nr. 0240
3 Öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses vom 17.07. und 18.07.2003

Anlagen nichtöffentlich

Empty box for non-public attachments.

A Finanzielle Auswirkungen

23-V-61-0055

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind

- keine finanziellen Auswirkungen verbunden
- finanzielle Auswirkungen verbunden (→ in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf
abs.:
in %:

II Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung Budget verfügte Ausgaben (Ist)
abs.:
in %:

III Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten budgettechnische Umsetzung

Typ	Jahr	Bezeichnung	Gesamt- kosten	...davon APL/ÜPL	Finanzierung (Sperr, Ertrag)	Kontierung (Objekt und Konto)
	2023	Öffentliche Bekanntmachung	500.- €			1300153; 684000
Summe einmalige Kosten:						
Summe Folgekosten:						

Bei Bedarf Hinweise | Erläuterung (max. 750 Zeichen)

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Nicht abgeschlossene Bebauungsplanverfahren deren Ziele nicht mehr verfolgt werden und deren Anforderungen an die aktuellen Rechtsgrundlagen nicht mehr zeitgemäß sind, sollen zur Bereinigung der Verwaltung sowie besserer Übersicht und eindeutigerer Zuordnung in den digitalen Auskunftssystemen eingestellt und die vorhandenen Beschlüsse aufgehoben werden.

C Beschlussvorschlag

- 1 Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden über die Aufstellung des Bebauungsplans „Mainzer Straße - Bereich B - Multiplexkino“ im Ortsbezirk Südost vom 10. Juli 2003 (Nr. 0240) (Anlage 2) wird aufgehoben. Das Bebauungsplanverfahren wird eingestellt.

Der Geltungsbereich (Anlage 1) wurde bei der Aufstellung des Bebauungsplans wie folgt beschrieben:

Die nördliche und östliche Grenze des Flurstücks 12/24 (Flur 161), hier anschließend die östliche Grenze des Flurstücks 12/25 (Flur 161) 3 Meter, dann rechtwinklig nach Westen bis zur östlichen Straßenbegrenzungslinie der Planstraße 3582. Diese Straßenbegrenzungslinie nach Süden entlang der westlichen Grenze des Flurstücks 12/25 und weiter das Flurstück 12/6 (beide Flur 161) schneidend bis zur nördlichen Grenze des Flurstücks 12/12 der Flur 161. Die südliche Straßenbegrenzungslinie der Planstraße 3582 entlang der nördlichen Grenze des Flurstücks 12/12 (Flur 161), die westliche Straßenbegrenzungslinie der Planstraße die Flurstücke 12/7, 12/6, 12/28, 12/27 (alle Flur 161), 6/40, 6/39, 6/37 und 6/36 (alle Flur 160). Am Ende des Ausbaus des zukünftigen Kreisels das Flurstück 64/72 der Flur 53 (Gartenfeldstraße) rechtwinklig in nordöstliche Richtung schneidend die Grenze des Flurstücks 64/72 nach Osten entlang bis zum Ausbau des zukünftigen Kreisels das Flurstück 64/72 rechtwinklig in südöstliche Richtung schneidend bis zur westlichen Grenze des Flurstücks 64/65 (Flur 53). Die westliche Grenze des Flurstücks 64/65 nach Süden das Flurstück 6/40 (Flur 160) schneidend bis zur nördlichen Grenze des Flurstücks 12/24 der Flur 161.

- 2 Der Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens wird ortsüblich bekannt gemacht.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Allgemein:

Mit der Sitzungsvorlage sollen nicht weiterzuführende Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen eingestellt und deren Beschlüsse aufgehoben werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die dem Stadtplanungsamt entstehenden internen Kosten sind im Haushalt des Stadtplanungsamts berücksichtigt.

Wertschöpfung:

Durch die Aufhebung nicht weiterzuführender Bebauungsplanverfahren wird eine Bereinigung der Verwaltung und eine bessere und eindeutigeren Übersicht in den digitalen Auskunftssystemen erreicht.

Zeitplanung:

Es ist geplant, im 4. Quartal 2023 den Aufhebungsbeschluss herbeizuführen.

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

Zu dem Beschlussvorschlag Nr. 1:

Die damaligen Planungsziele sind überholt und werden nicht mehr verfolgt.

Der Bebauungsplanentwurf wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.07.2003 Nr. 0240 aufgestellt und am 17.07. und 18.07.2002 öffentlich bekannt gegeben (Anlage 3).

Das Bebauungsplanverfahren ist nicht zum Abschluss gebracht worden. Insbesondere wurde noch kein Satzungsbeschluss gefasst. Insofern enthält die bisherige Beschlusslage zur Aufstellung des Bebauungsplans noch keine Festlegungen, aus denen Nutzungsrechte oder sonstige Rechte abgeleitet werden könnten.

Durch die Aufhebung werden auch keine anderen bisher rechtmäßigen Nutzungsmöglichkeiten und/oder sonstigen Rechte außer Kraft gesetzt oder beeinträchtigt. Damit sind lediglich die bisherigen Verfahrensschritte aufzuheben.

Zu dem Beschlussvorschlag 2:

Der Beschluss ist entsprechend § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.,

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden, ¹⁴ 08.2023



Mende
Oberbürgermeister